

PRESSEMITTEILUNG

BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN KREISVERBAND NECKAR-BERGSTRASSE

14.05.2012

Grüne stoßen neue Debatte an:

Frauenquote und mehr Demokratie für die Gemeinden

„Für uns ist es nichts neues, paritätisch besetzte Listen bei den Kommunalwahlen zu haben. Neu ist allerdings unser Ziel, die Quote jetzt im Kommunalwahlrecht zu verankern, damit sie für alle gilt“, sagte die grüne Kreisvorsitzende Fadime Tuncer zur Eröffnung der jüngsten Bergsträßer Kreisversammlung. Mit der Reform des Kommunalwahlrechts wollen die Grünen mehr Frauen in die Kommunalparlamente bekommen. Mit Änderungen der Gemeinde- und Landkreisordnung, soll es künftig mehr Bürgerbeteiligung und mehr Rechte für Gemeinde- und Kreisräte geben.

Der Landtagsabgeordnete und langjähriger Kommunalpolitiker Uli Sckerl stellte die grünen Vorschläge vor, die jetzt in der Stuttgarter Koalition umgesetzt werden sollen. Die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen in kommunalen Gremien steht dabei im Mittelpunkt. „Wir wollen als erstes Bundesland paritätisch besetzte Kommunalwahllisten als Regelfall. Dies ist verfassungsrechtlich zulässig“, sagte Sckerl. Der Frauenanteil in den kommunalen Gremien verharre seit Jahrzehnten auf einem niedrigen Stand von weniger als 25%. Das gelte für das Land ebenso wie für den Durchschnitt der Gemeinden an der Bergstraße oder im Rhein-Neckar-Kreis. „Seit der Änderung von Artikel 3 des Grundgesetzes vor 14 Jahren mit der Verpflichtung zur Gleichstellung von Frauen und Männern ist bei drei Kommunalwahlen in Baden-Württemberg mit Appellen u. ä. vergeblich versucht worden, die Parteien und Wählervereinigungen zu bewegen, mehr Frauen zu berücksichtigen. Nun brauchen wir eine gesetzliche Regelung“, meinte Sckerl weiter. Die Quotierung von kommunalen Wahllisten könne dabei nicht überall und sofort herbeigeführt werden. Wenn vor Ort nicht genügend Frauen gefunden werden sollten, werde es Ausnahmeregelungen im Kommunalwahlrecht geben. Das Ziel aber sei klar, dass in den nächsten Jahren die Quote Schritt für Schritt erreicht werde.

Die Grünen wollen zudem die Bürgerbeteiligung ausbauen und mehr direkte Demokratie in den Kommunen erreichen. Unter anderem sollen Bürgerbegehren und -Entscheide bei Bauleitfragen zulässig werden. Die Zulassungs- und Zustimmungsquoren sollen gesenkt werden. Bürgerbegehren und Bürgerentscheide sollen auch auf Landkreisebene möglich werden. Einwohner mit Migrationshintergrund sollen Beteiligungsrechte erhalten und z.B. an künftigen „Einwohnerversammlungen“ mitwirken können. Schließlich sollen die Rechte von Gemeinde- und Kreisräten gestärkt werden, etwa durch kleinere Quoren für das Stellen von Anträgen. Nichtöffentliche Sitzungen von Kreistagen, Gemeinderäten und Ausschüssen sollen künftig im Sinne von mehr Transparenz eine eher seltene Ausnahme werden.